



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,  
Digitalisierung und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 03.11.2022

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit  
am Dienstag, 8. November 2022, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

### HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2022

**Bereich Wirtschaft/Beschäftigung**

## 2. 22-F-69-0063

Weihnachtsbeleuchtung

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BUB vom 02.11.2022 -

In der Vorweihnachtszeit soll sowohl in der Fußgängerzone als auch in der Wilhelmstraße die Weihnachtsbeleuchtung nicht nur zeitlich reduziert werden, sondern darüber hinaus soll auch die Anzahl der leuchtenden Lilien, die der Innenstadt in der dunklen Jahreszeit wenigstens ein bisschen Glanz verleihen, um die Hälfte reduziert werden. Das ist weder ökonomisch sinnvoll, weil die durch diesen Beschluss eingesparten 500 Euro in keinem Verhältnis zu den Zehntausenden Euro stehen, die dem Wiesbadener Einzelhandel nun wegzubrechen drohen, noch dem Handel gegenüber gerecht: Die Einzelhändler in der Wilhelmstraße haben nämlich genau diese Leucht-Lilien, die jetzt einfach abgeschaltet werden sollen, zur Hälfte mitfinanziert. Zu allem Überflus wurde mit dem Handel noch nicht einmal vorher gesprochen, was solch eine einschneidende Maßnahme überhaupt für ihn bedeuten würde. Insgesamt ist äußerst fraglich, ob man gerade mit dem stationären Einzelhandel, der seit Beginn der Coronapandemie vor mehr als zweieinhalb Jahren in vielen Teilen ums Überleben kämpft, politisch so umgehen muss, wie es gerade angedacht wird. Das Weihnachtsgeschäft ist für zahlreiche Betriebe und Händler der Rettungsanker in diesen wirtschaftlich sehr schweren Zeiten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob er es für angemessen hält, über die von den Einzelhändlern mitfinanzierten Leucht-Lilien zu entscheiden, ohne mit ihnen gesprochen zu haben?
2. ob er jetzt das Gespräch mit den Einzelhändlern über die Auswirkungen dieser Entscheidung suchen wird?
3. ob er das dem Vernehmen nach bestehende Angebot, dass die Einzelhändler die ca. 500 Euro Mehrkosten für eine volle Weihnachtsbeleuchtung übernehmen, annehmen wird?

## 3. 22-F-63-0117

Profil des Wirtschaftsstandorts schärfen, Ansiedlung strategisch steuern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -

Angesichts begrenzter Flächenressourcen kommt der strategischen Steuerung von Unternehmensansiedlungen und der optimalen Nutzung bestehender Gewerbeflächen große Bedeutung zu. Eine detaillierte Bestands- und Potenzialanalyse soll dafür die Basis schaffen und dazu beitragen, Kriterien für die Unternehmensansiedlung, die Liegenschaftspolitik und Aktivitäten der Wirtschaftsförderung zu definieren. Auf diese Weise soll eine belastbare Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung entstehen mit dem Anspruch, das Profil des Wirtschaftsstandorts zu schärfen.

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein Rahmenkonzept für die Erstellung einer Bestands- und Potenzialanalyse des Wirtschaftsstandorts Wiesbaden zu erstellen. Diese Untersuchung soll unter anderem:
  - a. Aussagen über den Status Quo treffen und dabei signifikante Veränderungen der letzten zehn Jahre beleuchten;
  - b. unter Berücksichtigung des regionalen Umfelds und aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen wirtschaftliche Entwicklungschancen und -risiken darlegen;
  - c. vorhandene wirtschaftsrelevante Daten und Untersuchungen (u. a. Masterplan Gesundheit, Industriestudie, Studie Impulsraum A66, deutschlandweite Prognos-Studie) einbeziehen;
  - d. den Büromarkt durch eine eigene Untersuchung einbeziehen;
  - e. Empfehlungen für eine Entwicklung des Wirtschaftsstandorts liefern und hierbei auch Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen (u. a. Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft, Gute Arbeit);
  - f. auch darlegen, welche Potenziale für eine Ansiedlung europäischer und internationaler Institutionen und Unternehmen bestehen;
  - g. ermitteln, welche Standortfaktoren für die Ansiedlung von Startups, insbesondere mit einem Schwerpunkt auf Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlorientierung (Stichwort Social-and-Sustainability Start-up-Hub) von Relevanz sind.
2. den Beschluss des Ausschusses vom 20.9.2022 (Vorlagen-Nr. 22-F-69-0050) zu einem Gewerbeflächenentwicklungskonzept in diesem Zusammenhang mit zu behandeln.
3. dem Ausschuss einen Entwurf für ein solches Rahmenkonzept vorzulegen und darüber zu informieren, welche Kosten mit der Beauftragung eines solchen Fachgutachtens verbunden wären.

#### 4. 22-F-63-0112

Standortinitiative Choose Europe

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -

Die international ausgerichtete Standortmarketingagentur FrankfurtRheinMain GmbH hat sich mit 14 europäischen Städten und Regionen zu einer europäischen Standortinitiative Choose Europe zusammengeschlossen. Ziel ist es, das europäische Wirtschaftsmodell sowie das nachhaltige wirtschaftliche Wachstum in den beteiligten Regionen und Städten zu sichern.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. in welcher Form die Landeshauptstadt Wiesbaden an der Standortinitiative Choose Europe beteiligt ist, oder welche Möglichkeiten vorhanden sind und genutzt werden, um sich zu beteiligen.
2. worin der Mehrwert bzw. die Ansiedlungsvorteile bestehen.
3. wie viele Ansiedlungsanfragen es in den letzten vier Jahren gab und in welchen Branchen?
4. an wie vielen (und an welchen) europäischen und internationalen Ausschreibungen zur Ansiedlungen von Unternehmen, hat sich die LH Wiesbaden in den letzten 4 Jahren bereits beteiligt?

## 5. 22-F-69-0064

Zukunft von Galeria Karstadt Kaufhof - Für den Erhalt kämpfen, auf den Worst Case vorbereitet sein

- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 02.11.2022 -

Am 31. Oktober hat die Warenhaus Galeria Karstadt Kaufhof einen Antrag nach §270d der Insolvenzordnung (Schutzschirmverfahren) gestellt. Das Unternehmen hatte bereits im Jahr 2020 ein Schutzschirm-Insolvenzverfahren durchlaufen, in dessen Rahmen knapp 40 Filialen geschlossen wurden, glücklicherweise jedoch keine der beiden Wiesbadener Dependancen.

Der Geschäftsführer von Galeria Karstadt Kaufhof kündigte im Gespräch mit der FAZ nun an, dass das Filialnetz erneut um „mindestens ein Drittel“ reduziert werden müsse. Damit dürften auch die Wiesbadener Standorte wieder zur Disposition stehen.

Wenngleich der Magistrat nicht aktiv in das Insolvenzverfahren eingreifen kann (und soll), drohen der Wiesbadener Innenstadt schon bei der Schließung eines der beiden Warenhäuser erhebliche Turbulenzen. Beide Filialen sind Frequenzbringer für die gesamte Fußgängerzone, liegen an städtebaulich exponierten Stellen und tragen mit ihren über 500 Parkplätzen zur Parkplatzversorgung in der Innenstadt bei. Es droht jahrelanger Leerstand und der Verlust vieler Arbeitsplätze.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich bei der Geschäftsführung von Galeria Karstadt Kaufhof für einen Erhalt beider Wiesbadener Warenhäuser einzusetzen.
2. die möglichen Auswirkungen einer Schließung auf die Passantenfrequenz in der Fußgängerzone in einem Best-Case/Worst-Case-Szenario zu quantifizieren.
3. erste Konzepte für eine mögliche Zwischennutzung zu entwickeln, um im Falle einer Aufgabe einer oder beider Geschäftsstandorte kurzfristig auf den Immobilieneigentümer zugehen zu können, um einen längeren Leerstand möglichst zu vermeiden.
4. zu berichten,
  - a. welche baurechtlichen Grenzen bei einer etwaigen Umnutzung der Liegenschaften zu beachten wären.
  - b. ob die Liegenschaften für den im Kooperationsvertrag angedachten Erwerb von „Schlüsselimmobilien“ in Betracht kommen.

## 6. 22-F-63-0113

Standortkonzept „Die zukunftsfähige Berufsschule“

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -

Eine wichtige Säule der Nachwuchsgewinnung ist die Betriebliche Ausbildung. In vielen Betrieben zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Bewerberzahlen. Um auf die rückläufigen Ausbildungszahlen zu reagieren und um die duale Ausbildung zu stärken, sieht das Land Hessen Handlungsbedarf, indem es eine Neuausrichtung der Berufsschulstandorte ab 2026 plant. Die Mindestklassengröße von bisher 15 Schülern soll deutlich abgesenkt werden.

Für jeden Ausbildungsberuf soll ein Standort ausgewählt werden, der die Beschulung konzentriert übernimmt. Die Nähe des Ausbildungsbetriebes und der Berufsschule zum Wohnort spielt bei jungen Menschen für die Berufswahl aber oft eine entscheidende Rolle.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Ausschuss teilt die Position des Industriebeirates aus seinem veröffentlichten Positionspapier zum Konzept „Zukunftsfähige Berufsschule“ in Hessen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- I. a. ob die Städte und Kammern zu der geplanten Neuausrichtung bereits Stellung bezogen haben?  
b. welche Ausbildungsberufe zukünftig nicht mehr in Wiesbaden beschult werden sollen?  
c. welche Ausbildungsberufe hierfür neu in Wiesbadener Berufsschulen beschult werden sollen?  
d. welche Auswirkungen damit auf die örtlichen Ausbildungsbetriebe verbunden sind?
- II. Mit Industrieunternehmen des Wiesbadener Industriebeirates sowie Kammern und Gewerkschaften Kontakt aufzunehmen, um ein alternatives Konzept zur Sicherung der Fachklassen mit dem Kultusministerium zu erarbeiten.

## 7. 22-F-78-0006

Insolvenzen im Handwerk - jetzt gegensteuern!

- Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 02.11.2022 -

Neben der Inflation machen vor allem die stark steigenden Gas- und Strompreise den Wiesbadener Betrieben schwer zu schaffen. Jüngster Berichterstattung gemäß melden sich bei Beratern der Handwerkskammer Wiesbaden (HWK) immer mehr Betriebe, die in Liquiditätsschwierigkeiten sind. In besonderem Maße betroffen sind Handwerksbetriebe wie Bäcker, Fleischer und Konditoren, Metallbauer und Textilreiniger, die energieintensiv produzieren und sowohl auf Gas als auch auf Strom angewiesen sind<sup>1</sup>.

Die Maßnahmen der Bundesregierung wie die Einmalzahlung im Dezember oder Abschlagszahlung und Preisbremse für kommendes Jahr reichen nicht aus. Auch laut HWK würden diese Maßnahmen keinesfalls genügen, um die Existenz und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Die Gaspreisbremse kommt 2023 gerade für kleine und mittlere Unternehmen einfach zu spät.

In der aktuellen Situation geht es um nicht weniger als den Erhalt über Jahrzehnte gewachsener mittelständiger Strukturen in Stadt und Land. Wenn vermieden werden soll, dass es zu ganz erheblichen negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Wiesbaden kommt, braucht es spürbare Entlastungen im Sinne schlagkräftiger Maßnahmen mindestens bis zum Frühjahr 2023.

Der Ausschuss möge beschließen:

---

<sup>1</sup> [Wiesbadener Handwerk fürchtet Insolvenzen durch Energiekrise \(wiesbadener-kurier.de\)](https://www.wiesbadener-kurier.de)

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie er plant, explizit Wiesbadener Handwerksbetriebe bis zur Gaspreisbremse im Frühjahr zu unterstützen, sodass diese anstehenden Insolvenzwellen nicht weiter schutzlos ausgeliefert sind?
2. wie sich die Stadt grundsätzlich vorbereitet auf all die negativen finanziellen Auswirkungen, beispielsweise initiiert durch den großräumigen Verlust von Gewerbesteuern, Arbeitsplätzen etc.?
3. ob er bereits jetzt Kontakt zu entsprechenden Institutionen wie der IHK und BAA aufgenommen hat, um mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen gegen die drohende Arbeitslosenwelle zu steuern.

## 8. 22-F-69-0065

Verzögerungen bei der Neubesetzung der Stelle des City-Managers

- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 02.11.2022 -

Im Februar 2022 wurde bekannt, dass der bisherige City-Manager seine Stelle Ende März verlassen wird. Bis zum heutigen Tage steht nicht fest, wann ein neuer City-Manager seinen Dienst bei der LHW aufnehmen wird. Der Presse ließ sich im Juli entnehmen, dass im August Bewerbungsgespräche geführt werden sollten. Vor wenigen Wochen berichtete die Presse, dass ein Kandidat gefunden worden sei. Die neue Wirtschaftsdezernentin widersprach dieser Berichterstattung und erklärte man befinde sich „in einem offenen Verfahren“.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. wie weit das Verfahren zur Besetzung der Stelle des City-Managers vorangeschritten ist, insbesondere ob es bereits Zusagen an Bewerber gegeben hat.
2. welche Änderungen der Magistrat bei der „Neuklärung der Rolle“ des City-Managers plant.
3. ob bzw. unter welchen Umständen diese Änderungen eine Neuausschreibung der Stelle erforderlich machen.
4. wann mit einer Entscheidung über die Besetzung der Stelle gerechnet werden kann.
5. mit welchen Auswirkungen auf die städtischer Arbeitgebermarke der Magistrat rechnet, wenn auch Monate nach den Bewerbungsgesprächen die Bewerber keine Zu- und Absagen erhalten oder das Bewerbungsverfahren sogar erneut neugestartet werden müsste.

## 9. 21-V-05-0028

ANLAGE DL 45/21-6

Sondernutzungsgebühr für Warenauslagen aussetzen

- Beschluss Nr. 615 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021 -
- Beschluss Nr. 128 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 20.09.2022 -
- Beschluss Nr. 368 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2022 -
- Aktueller Sachstand -

## 10. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

### Bereich Digitalisierung

## 11. 22-F-10-0019

Ausweisprüfgeräte im Bürgerbüro

- Antrag der AfD-Fraktion vom 01.11.2022 -

Noch immer ist das Bürgerbüro der LHW nicht ausreichend mit sogenannten Ausweisprüfgeräten ausgestattet. Es gibt insgesamt 16 Arbeitsplätze aber nur 5 Geräte. Mit diesen von der Bundesdruckerei hergestellten Geräten können Ausweisdokumente überprüft und eventuell gefälschte Ausweisdokumente erkannt werden. Da nicht an jedem Arbeitsplatz ein solches Gerät vorhanden ist, ist eine konsequente Überprüfung auf etwaige Fälschungen nicht möglich.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit wolle beschließen,  
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

- I. der Magistrat wird gebeten, zu berichten, warum noch immer nicht jeder Arbeitsplatz im Bürgerbüro mit einem Ausweisprüfgerät ausgestattet ist.
- II. der Magistrat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass alle Arbeitsplätze im Bürgerbüro mit einem sogenannten Ausweisprüfgerät ausgestattet werden.

## 12. 22-F-63-0107

Öffentliches WLAN weiter ausbauen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 01.11.2022 -

Heutzutage besitzt beinahe jede Person ein netzfähiges Endgerät. Daher gehört das Internet mittlerweile genauso zur Infrastruktur einer Stadt wie das Straßennetz oder der ÖPNV. Ein öffentliches WLAN erhöht die Attraktivität der Innenstadt und lädt zu einer längeren Verweildauer ein. Darüber hinaus können Informationen zu Geschäften, Sehenswürdigkeiten, Öffnungszeiten und anderen Services schnell aufgerufen werden. Auch hilft es insbesondere Touristen bei der Orientierung in der Stadt.

Auf Antrag des Jugendparlaments wurden 15 Hotspots in der Wiesbadener Innenstadt im Jahr 2018 eingerichtet. Die Nutzungszahlen zeigen, dass durchaus Nachfrage nach öffentlichen Hotspots besteht. So nutzten in den ersten 11 Monaten circa 450.000 Personen das WLAN, um Internetseiten, Soziale Netzwerke, Chats oder Suchmaschinen aufzurufen (Stand 31.08.2019).

Dennoch besteht Raum zur Verbesserung. So reichen diese 15 Standorte nicht aus, um ein flächendeckendes öffentliches Internet bereitzustellen. Aktuell beschränkt sich der Zugang auf wenige Meter um jeden Hotspot.

Das freie Internet muss daher weiter ausgebaut werden. Gerade öffentliche Gebäude sind optimale Standorte für die Einrichtung öffentlicher WLAN Hotspots. Diese Gebäude werden sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch von Touristen besucht. Ein freies WLAN ermöglicht daher den Zugang zu beispielsweise Onlineservices oder Informationen zu dem Gebäude. Das Land Hessen bietet durch das Projekt "Digitale Dorflinde" zudem zusätzliche Fördergelder für lokale Funknetze an öffentlichen Gebäuden.

Der Ausschuss wolle beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele und welche frei zugänglichen und öffentlichen Hotspots in der LHW (bspw. an öffentlichen Gebäuden, Plätzen, Denkmälern usw.) bereits existieren.
2. wie viele Personen in den Jahren 2020 und 2021 die aktuellen Hotspots nutzten.
3. welche weiteren öffentlichen Gebäude und öffentlich zugängliche Areale (bspw. Plätze, Denkmäler, Freizeitanlagen usw.) sich für die Einrichtung eines öffentlichen WLAN Hotspots eignen.
4. wie diese Hotspots betrieben und finanziert werden können (bspw. durch die "Digitale Dorflinde" oder weitere Fördermöglichkeiten).

### 13. 21-F-15-0007

Sicherheitszustand der städtischen IT-Systeme (verwaltet durch WIVERTIS GmbH - nachfolgend Wivertis)!

- Aktueller Bericht des IT-Sicherheitsbeauftragten -

### 14. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

## Bereich Gesundheit

### 15. 22-F-63-0115

Kinderklinik und Geburtshilfe in der HSK

- Antrag der Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 02.11.2022 -

Zu wenig Betten in der Kinderklinik der Helios-Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) - diesen Missstand hatten Wiesbadener Kinderärzte im Frühjahr 2018 öffentlich beklagt. Bereits vorher wurde medial über „erheblich eingeschränkte Kapazitäten“ berichtet. Die Aufnahmekapazität der Kinderklinik, somit auch der Kinderintensivstation, sei aufgrund des Personalmangels stark eingeschränkt. Mit der Folge, dass immer wieder Kinder als Patienten an andere Kinderkliniken abgewiesen werden müssten. Berichten zufolge war auch im Kreißaal die Personal- und Versorgungssituation schwierig.

Die zuvor beschriebene Situation könnte zudem die Aufrechterhaltung der höchsten Versorgungsstufe für Früh- und Neugeborene (Level-I-Zentrum) gefährden, da möglicherweise die erforderlichen Kriterien langfristig nicht mehr erfüllt werden könnten.

Um die Situation im Jahr 2022 beurteilen zu können, müssen nun die aktuellen Zahlen betrachtet und hieraus ggfs. notwendige Maßnahmen abgeleitet werden.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie viele Kinder mussten 2020 und 2021 aufgrund des Kapazitätsmangels in der Kinderklinik abgewiesen, verlegt oder an andere Kliniken überwiesen werden? Wie viele Kinder waren davon intensivpflichtige Patient\*innen?
2. Wie viele Betten stehen grundsätzlich in der Kinderklinik (bitte nach Neonatologiebetten und Intensivbetten differenzieren) zur Verfügung, wie stellte sich die Auslastung in 2021 und wie stellt sie sich bis zum 01.11.2022 dar?
3. Welche Maßnahmen wurden seit Anfang 2020 ergriffen, um trotz Personalmangels eine angemessene Personalausstattung der Kinderklinik sicherzustellen?
4. Wie viele Stellen sind in der Kinderklinik aktuell offen und in welchen Bereichen?
5. Wie wird die höchste Versorgungsstufe für Früh- und Neugeborene (Level-I-Zentrum) für den Zeitraum bis 2025 sichergestellt? Welche Herausforderungen bestehen hierbei?
6. Wie wird die Pflege-Fachweiterbildung für Level 1 gewährleistet? Wie wird dabei dem Personalmangel in der Pflege begegnet?
7. Wurden 2020 und 2021 gebärende Frauen als Patientinnen aufgrund eines Kapazitäts- oder Personalmangels im Kreißsaal abgewiesen? Wenn ja, wie viele?
8. Werden aktuell Hebammen in Leiharbeit beschäftigt? Wenn ja, wie viele? Wie viele Stellen für Hebammen sind derzeit unbesetzt? Wie viele Ausbildungsplätze für Hebammen gibt es? Wie viele sind davon unbesetzt?
9. Wie viele Gefährdungs- und Überlastungsanzeigen in den Bereichen Kinderklinik, Kinderintensivstation, Geburtshilfe und Kreißsaal wurden 2020 und 2021 gestellt? Bitte nach aufgeführten Bereichen differenzieren.

## 16. 22-F-63-0116

Ausweitung der Containersiedlung auf dem Freudenberg gemäß dem Beschluss des psychosozialen Ausschusses vom 06. Oktober 2022

- Antrag der Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 02.11.2022 -

In der Sitzung des psychosozialen Ausschusses am 06. Oktober haben das Diakonische Werk und der Gemeindepsychiatrische Verbund Wiesbaden die Pläne vorgestellt, die Containersiedlung in Freudenberg zu erweitern. Die Containersiedlung ist ein Angebot für eine niedrigschwellige Wohnform für wohnungslose und seelisch behinderte Menschen. Für die Ausweitung braucht es ein geeignetes städtisches Gelände, das gesucht und anschließend für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden muss.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit wolle beschließen:

Der Magistrat möge,

1. eine Einschätzung des Konzeptes zum Ausbau der Containersiedlung auf dem Freudenberg des Diakonischen Werkes und des Gemeindepsychiatrischen Verbundes vornehmen.
2. geeignete Grundstücke prüfen, auf denen, analog des Konzeptes des Diakonischen Werkes und des Gemeindepsychiatrischen Verbundes, eine betreute Containersiedlung errichtet werden könnte.
3. die Ergebnisse von 1. und 2. dem Ausschuss zur Beratung über ein weiteres Vorgehen vorlegen.

## **17. 22-F-63-0114**

Quartiersbezogene Gesundheitsversorgung

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -

Eine gute Gesundheitsversorgung im direkten Wohnumfeld ist besonders für vulnerable Gruppen elementare Daseinsvorsorge. Der Aufbau und die Unterstützung von kommunalen Gesundheitszentren oder Gesundheits-Kiosken in den Stadtteilen kann eine Unterstützung sein, um quartiersbezogene Gesundheitsprojekte in Wiesbaden weiter auszubauen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Eine Übersicht der vorhandenen Projekte quartiersbezogener Gesundheitsversorgung zu erstellen.
2. Zu prüfen, in welchen Stadtteilen besondere Versorgungsbedarfe bestehen und wo Gesundheitskioske prioritär von der Kommune initiiert werden können.
3. Zu prüfen, in welchen Stadtteilen quartiersbezogene Gesundheitsversorgung (siehe Modell: Curandum) aufgrund der vorhandenen, lokalen Gegebenheiten entwickelt werden kann.
4. Zu prüfen, ob im Rahmen von Fördermaßnahmen neue Berufsbilder wie Gemeindepfleger\*innen und die Schnittstellenfunktion der „Community Health Nurse“ in der ambulanten Gesundheitsversorgung eingeführt werden könnten.
5. Zu berichten, in wieweit die EGW als zentrale Koordinierungsstelle zur Vernetzung der verschiedenen Akteure im Bereich Gesundheit und Pflege beim Ausbau quartiersbezogener Gesundheitsversorgung bereits jetzt involviert ist bzw. welche Rolle die EGW hier zukünftig übernehmen soll/wird/kann.

## **18. 21-A-83-0001**

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

### **Bereich Allgemeines:**

## **19. Verschiedenes**

## Tagesordnung II

1. **22-F-22-0018** **ANLAGE**  
  
Beteiligung des Ausschusses an der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans  
  
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 29.06.2022 -  
- Bericht des Dezernates IV vom 22.09.2022 -
  
2. **22-F-69-0042** **ANLAGE**  
  
Die Ausbildungssituation in Wiesbaden  
  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.06.2022 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 27.09.2022 -
  
3. **22-J-42-0005** **ANLAGE**  
  
"WLAN für alle" in den Schulen  
  
- Antrag des Jugendparlaments -  
- Bericht des Dezernates III vom 01.09.2022 -
  
4. **22-V-02-8005** **DL 35/22-3, 32/22-1**  
  
Landesprogramm Zukunft Innenstadt 2022 - Biebrich
  
5. **22-V-04-0012** **DL 32/22-1 NÖ, 31/22-2**  
  
Zuschuss Schlittschuhfläche auf dem Kindersternschnuppenmarkt
  
6. **22-V-40-0007** **DL 36/22-1 NÖ, 35/22-5 , 34/22-3**  
  
1:1-Ausstattung Wiesbadener SuS mit mobilen digitalen Endgeräten ab dem Schuljahr  
2022/2023 ab Jg. 5

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hoffmann-Fessner  
Vorsitzende